

**Niederschrift über die 3. Sitzung der STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
in der Wahlperiode 2021 – 2026 am Freitag, dem 25. Juni 2021
am Gambacher Forsthaus Nr. 3/2021**

1 Mitteilungen

- a) des Stadtverordnetenvorstehers
- b) des Magistrats

2 Bericht aus dem Stadtwald durch Revierförster Jörg Heßler

TEIL A – ohne Beratung

3 Straßenbau im Bereich der Schulstraße von der Mittelstraße bis zur Fahrgasse im Stt. Gambach

- a) Bericht des Ausschusses für Bauen, Ökologie und Planung und des Ortsbeirates Gambach
- b) Beschlussfassung

4 Breitbandausbau in der Stadt Münzenberg

- a) Bericht des Haupt- und Finanzausschusses
- b) Beschlussfassung

TEIL B – mit Beratung

5 Bauleitplanung „Altstädter Feld“ – Wetterauer Früchtchen

- a) Bericht des Ausschusses für Bauen, Ökologie und Planung und des Ortsbeirates Gambach
- b) Beratung
- c) Beschlussfassung

6 Bebauungsplan „In den Wingerten“ im Stadtteil Trais

- a) Bericht des Ausschusses für Bauen, Ökologie und Planung und des Ortsbeirates Trais
- b) Beratung
- c) Beschlussfassung

7 Anbringung einer Überdachung am Dorfgemeinschaftshaus Ober-Hörgern

- a) Bericht des Magistrats
- b) Beratung
- c) Beschlussfassung

8 Verwaltungsgebäude – Barrierefreiheit u. a.

- a) Bericht des Magistrats
- b) Überweisung in den Haupt- und Finanzausschuss sowie Ausschuss für Bauen, Ökologie und Planung
- c) Beschlussfassung

9 Gemeinsamer Ordnungsbehördenbezirk – Aufnahme der Gemeinde Wölfersheim

- a) Bericht des Magistrats
- b) Beratung
- c) Beschlussfassung

10 Kindergartenbedarfsplanung

- a) Bericht des Magistrats

- b) Überweisung in den Haupt- und Finanzausschuss sowie Ausschuss für Bauen, Ökologie und Planung
- c) Beschlussfassung

**11 2. Änderung des Bebauungsplans „Am Lustgarten“ im Stadtteil Münzenberg
-Abwägung der eingegangenen Bedenken
-Satzungsbeschluss**

- a) Bericht des Magistrats
- b) Überweisung in den Ausschuss für Bauen, Ökologie und Planung unter Beteiligung des Ortsbeirates Münzenberg
- c) Beschlussfassung

**12 Abrundungssatzung „Butzbacher Straße“ im Stt. Gambach
-Abwägung eingegangener Bedenken
-Satzungsbeschluss**

- a) Bericht des Magistrats
- b) Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
- c) Beratung
- d) Beschlussfassung

**13 1.Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 „Nördlich der neuen Schule“ im Stt.
Gambach
-Abwägung eingegangener Bedenken
-Satzungsbeschluss**

- a) Bericht des Magistrats
- b) Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
- c) Beratung
- d) Beschlussfassung

**14 Förderprogramm „Dorfentwicklung Hessen“, Integriertes kommunales
Entwicklungskonzept (IKEK)**

- a) Bericht aller Ausschüsse und der Ortsbeiräte der Stadt Münzenberg unter Federführung des Haupt- und Finanzausschusses
- b) Beratung
- c) Beschlussfassung

**15 Antrag der SPD-Fraktion vom 31.05.2021 zu einem Monitoring der
Fortschritte des Integrierten Kommunalen Entwicklungskonzeptes (IKEK).**

- a) Bericht des Magistrats
- b) Beratung
- c) Beschlussfassung

**16 Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und SPD-Fraktion vom 09.06.2021 zur
Gründung einer Städtepartnerschaft mit Carpineti (Italien)**

- a) Bericht des Magistrats
- b) Beratung
- c) Beschlussfassung

**17 Antrag der CDU-Fraktion vom 10.06.2021 zur Schaffung von WLAN
Versorgung im Bürgerhaus Gambach**

- a) Bericht des Magistrats
- b) Beratung
- c) Beschlussfassung

18 Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.06.2021 zu den versandten Erhebungsbögen an die Grundstücksbesitzer zur Erhebung der Straßenbeiträge

- a) Bericht des Magistrats

19 Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.06.2021 zur Schaffung von digitalen Besprechungsräumen

- a) Bericht des Magistrats

Anwesenheit:

I. Magistrat

Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer
Erster Stadtrat Lothar Düringer
Stadtrat Heinz Reuhl
Stadträtin Cornelia Scheurich
Stadtrat Carsten Bolz
Stadtrat Hagen Vetter
Stadtrat Wolfgang Fitzthum
Stadtrat Gerhard Immel-Voigt

I. Stadtverordnete:

01 Eiser, Dirk	09 Haas, Rudolf	17 Berg, Ronald	
02 Grieb, Stefan	10 Hoerschelmann, Klaus	18 Debus, Armin	e
03 Heise, Alexander	11 Hüttl, Peter	19 Düringer, Otfried	
04 Kaiser, Stefan	12 Müller, Matthias	20 Hoppe, Richard	e
05 Rasser, Daniel	13 Schwab, Norbert	21 Reisinger, Vera	
06 Schepp, Thorsten	14 Sickel, Gabriele	22 Schaback, Armin	e
07 Werner, Tim-Niklas	15 Trivilino, Andrea	23 Wagner-Glaub, Birgit	
08 Zeiß, Hans Jürgen	16 Tschertner, Manfred		

Abwesend (entschuldigt „e“, unentschuldigt „u“):

Weiter anwesend: Revierförster Jörg Hessler,
Ehrenstadtverordnete/Ehrenstadträte: Willi Mengel, Jutta Heck, Gernot Heck, Fritz Heinz Horst,
Werner Vogler, Kurt Reuhl

Beginn der Sitzung: 16.00 Uhr

Ende der Sitzung: 18.05 Uhr

Schriftführerin: Heike Mühlenbruch

Im Nachfolgenden werden bezeichnet:

- | | |
|--|------------|
| a) Der Haupt- und Finanzausschuss als | H+F |
| b) Der Ausschuss für Bauen, Ökologie und Planung als | BÖP |
| c) Der Ausschuss Jugend, Soziales und Kultur als | JSK |

Stadtverordnetenvorsteher Manfred Tschertner eröffnet die 3. Sitzung der Stadtverordneten und begrüßt alle Anwesenden. Die Stadtverordnetenversammlung war durch Einladung ihrer Mitglieder unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen. Ort und Stunde sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass gegen die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung keine Einwände erhoben wurden. Die Beschlussfähigkeit bei 20 anwesenden Stadtverordneten wurde festgestellt.

Stadtverordnetenvorsteher Tschertner konstatierte, dass sich entgegen der üblichen Gepflogenheiten ausgerechnet zur diesjährigen Waldsitzung eine der längsten Tagesordnungen in der Geschichte des Parlaments entwickelt habe und bat um konzentriertes Arbeiten.

SPD Fraktionsvorsitzender Peter Hüttl beantragt im Namen aller Fraktionen die Aufnahme eines Dringlichkeitsantrags zum Thema Verzahnung Stadt/Jugend/Kita/Schule auf die Tagesordnung.

Der Antrag wird **einstimmig** angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag kommt als TOP 18 **neu** auf die Tagesordnung. Die beiden Anfragen unter TOP 18 und 19 sind **neu** TOP 19 und 20.

CDU Fraktionsvorsitzender Alexander Heise beantragt die Verschiebung von TOP 3 aus Teil A – ohne Beratung – in Teil B – mit Beratung. Die TOPs 3 und 4 tauschen die Positionen auf der Tagesordnung.

TOP 1a):

Keine

TOP 1b):

Bürgermeisterin Dr. Tammer begrüßt die Anwesenden. Sie entschuldigt sich bei den Abgeordneten für den Umfang der innerhalb kürzester Zeit zu bearbeitenden Unterlagen. Dies erkläre sich mit der Vielzahl und der Komplexität der aktuell anstehenden Themen sowie einem Corona- und Kommunalwahl-bedingten Arbeits-Rückstau im Parlament.

Die Mitteilungen des Magistrats liegen der Niederschrift als Anlage 1 bei.

TOP 2):

Revierförster Jörg Hessler legt den Jahresbericht zum Schutzforst Stadt Münzenberg vor. Die wichtigsten Punkte:

- Zustand des Münzenberger Waldes besser als der anderer Wälder in der Umgebung, hängt im Wesentlichen mit dem Laubholz-Nadelholz-Verhältnis von 75% zu 25 % zusammen.
- Gutes Forstwegenetz, lediglich normale Instandhaltung erforderlich
- Notwendige Pflegemaßnahmen in 19 Beständen sind in Planung, in Arbeit bzw. beendet (Abt. 1,4,5).
- Es erfolgen nur die allernötigsten Eingriffe in den Forst um den Wald mit Blick auf den Klimawandel zu schonen.
- Pflanzmaßnahmen zur Verjüngung sind geplant bzw. schon durchgeführt (Abt. 5,14,15).
- Die Zusammenarbeit mit den Jägern ist sehr gut. Besonders erwähnenswert: Bau eines Gatters durch die Jäger in Abt. 15, Abbau und Wiederaufbau an neuem Ort von Einzelverbisschutzhüllen. Dieser hohe Einsatz ist nicht selbstverständlich
- Zusammenarbeit bei Verkehrssicherungsmaßnahmen mit allen Akteuren (Verwaltung, Bauhof, Öffentlichkeitsarbeit) sehr gut
- Holzversteigerung fand unter erschwerten Bedingungen statt (online bzw. schriftlich). Es wurde mit einem Durchschnittspreis von rd. 62 € ein gutes Ergebnis erzielt. Zahl der Kunden stieg auf über 30.
- Vorgegebenes Ziel der Forsteinrichtung (Erlös i.H.v. 30.000 €) wurde erfüllt
- Im Wirtschaftsjahr ist eine einmalige Waldprämie in Höhe von 100 € pro Hektar geflossen. Revierförster Hessler empfiehlt die Reinvestition in den Wald.

Revierförster Hessler begrüßt die Tatsache, dass den Stadtverordneten die Wichtigkeit des Münzenberger Waldes bewusst ist. Der traditionelle Waldspaziergang wird nach Möglichkeit stattfinden.

SPD Fraktionsvorsitzender Peter Hüttl fragt nach dem Einsatz von Insektiziden im Münzenberger Wald und Revierförsters Hessler teilt mit, dass im Münzenberger Stadtwald keine Insektizide zum Einsatz gekommen sind.

NEU TOP 3a (alt TOP 4a):

Der Vorsitzende des H+F Ronald Berg berichtet über die Sitzung vom 21.06.2021. Anhand einer Präsentation stellt der Geschäftsführer Herr Gotowy das Tätigkeitsfeld und die Werte der GVG Glasfaser GmbH vor. Die Firma mit Hauptsitz in Kiel ist seit vielen Jahren im Bereich des Glasfaserausbaus tätig, insbesondere in Schleswig-Holstein. Im Vergleich zu anderen Unternehmen werden die Kabel konventionell 60 cm tief eingebaut. Für die Kunden fallen keine Anschlussgebühren an und die Verlegung auf dem Grundstück ist bis zu 15m kostenfrei. Für Bürger sollen Informationsveranstaltungen stattfinden und Berater führen vor Ort entsprechende Beratungsgespräche durch. Die verschiedenen Leistungen und Preise werden vorgestellt; diese richten sich an unterschiedliche Zielgruppen.

Die verschiedenen Fragen über die Beauftragung des Tiefbauers, Kosten für nachträgliche Anschlüsse sowie über den Vertragsvorschlag werden von Herrn Gotowy beantwortet. Das Tiefbauunternehmen wird von der GVG ausgesucht und beauftragt, der Bauleiter muss der deutschen Sprache mächtig sein, die Firma und auch Subunternehmen müssen sich zur Tariftreue und Mindestentgeltzahlung verpflichten und sämtliche Sicherheitsstandards erfüllen. Neubaugebiete können nachträglich erschlossen werden. Sollte ein Kunde nachträglich einen Hausanschluss beauftragen muss dieser die Kosten für den Tiefbau übernehmen. Hier fallen voraussichtlich Kosten zwischen 350 € bis 1400 € an. Bei dem vorliegenden „Kooperationsvertrag“ handelt es sich um einen Vorschlag, der zwischen den Vertragsparteien abgestimmt wird. Sollte eine der drei Kommunen vorab aussteigen muss die Situation neu bewertet werden.

Der H+F schlägt **einstimmig** die Gründung eines interkommunalen Ausschusses mit Rockenberg und Wölfersheim zum Thema Breitbandausbau vor. Stadtverordnetenvorsteher Manfred Tschertner weist darauf hin, dass die Prüfung der Regularien ergeben habe, dass dies nicht möglich sei. Er schlägt eine Änderung des vorgelegten Beschlussvorschlags dahingehend vor, dass der Begriff „Ausschuss“ durch den Begriff „Arbeitsgemeinschaft“ ersetzt wird. Dieser Vorschlag wird **einstimmig** angenommen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass eine interkommunale Arbeitsgemeinschaft zusammen mit den Gemeinden Rockenberg und Wölfersheim, zur gemeinsamen Beratung und Ausarbeitung des Kooperationsvertrages gegründet wird. Außerdem verbleibt die Thematik zur weiteren Beratung im H+F.

NEU TOP 3b (alt TOP 4b):

Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** angenommen.

NEU TOP 4a (alt TOP 3a):

Für den BÖP sowie für den Ortsbeirat Gambach berichtet Dirk Eiser (Vorsitzender BÖP) über die gemeinsame Ausschusssitzung vom 14.06.21 im „Altstädter Feld“.

Die vorgelegten Ausbaupläne wurden mit einer Einschränkung zustimmend zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich einer möglichen baulichen Maßnahme zur Verkehrsberuhigung im Bushaltestellenbereich soll der Magistrat noch Vorschläge vorlegen.

Insoweit wird nach Beteiligung der VGO und der Polizei vorgeschlagen, dass neben der verbleibenden Sperrung für den allgemeinen Verkehr (ausgenommen Busse / Fahrradverkehr / ggf. LKW mit Ausnahmegenehmigung) im Bereich der Bushaltestelle ein sogenanntes „Berliner Kissen“ zur Verkehrsberuhigung angebracht wird.

Für den Magistrat informiert Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer, dass die geforderte Verkehrsberuhigungsmaßnahme „Berliner Kissen“ laut Polizei als gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr gewertet wird und daher nicht statthaft ist. Möglich sei hingegen der Bau einer gepflasterten Schwelle (Modell Brückfeldstraße) in Verbindung mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h.

Die gewünschte Reduzierung der Geschwindigkeit auf 10 km/h ist für Busse laut VGO technisch nicht umsetzbar.

CDU Fraktionsvorsitzender Alexander Heise dankt für die Klärung der offenen Punkte und zeigte sich über die Antworten seitens der zuständigen Behörden enttäuscht. Die CDU trägt das Thema in seiner jetzigen Form mit, um den zeitnahen Baubeginn zu ermöglichen.

SPD Fraktionsvorsitzender Peter Hüttl bezeichnet den vorliegenden Vorschlag als beste Lösung. Er weist darauf hin, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung in diesem Bereich nicht nötig sei, da die Durchfahrt ja grundsätzlich verboten sei.

FWG Fraktionsvorsitzender Ronald Berg verweist darauf, dass seine Fraktion diesen Antrag bereits vor 2 Jahren gestellt habe. Er ist froh, dass sich nun eine Mehrheit für den Einbau einer Schwelle gefunden hat. Man müsse nach Beendigung der Baumaßnahmen beobachten, ob ggf. weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen notwendig werden.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt den vorgelegten Ausbauplänen unter Ergänzung der Errichtung einer gepflasterten Schwelle zu.

NEU TOP 4b (alt TOP 3b):

Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** angenommen.

TOP 5a):

Für den BÖP sowie für den Ortsbeirat Gambach berichtet Dirk Eiser (Vorsitzender BÖP) über die gemeinsame Ausschusssitzung vom 14.06.21 im „Altstädter Feld“.

Die Herren Reuhl (Wetterauer Früchtchen) und Herling (beauftragter Projektleiter) informieren über den vom Betrieb aufgestellten Masterplan und den Inhalt des Entwurfes für einen Bebauungsplan im Bereich der „Wetterauer Früchtchen“. Es wird darauf hingewiesen, dass im Entwurf zum Bebauungsplan auch ein Wege-Erschließungsplan aufgenommen werden soll. Hinsichtlich der entsprechenden Kosten erfolgt der Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

TOP 5b):

Bürgermeisterin Dr. Tammer empfiehlt die Beschlussfassung über den Bebauungsplan durch die Stadtverordnetenversammlung (nicht den Magistrat) nach vorheriger Beratung im BÖP.

Für die CDU Fraktion und den OB Gambach begrüßt Stefan Grieb dieses Vorgehen. Er sieht noch Diskussionsbedarf beim Wegeplan und insbesondere beim Verkehrskonzept.

SPD Fraktionsvorsitzender Peter Hüttl stimmt dem Vorschlag zu, da so noch eine intensive Beratung und eine eingehende Prüfung der Nutzungsmöglichkeiten erfolgen können. Grundsätzlich wird die SPD dem Bebauungsplan zustimmen.

CDU Fraktionsvorsitzender Alexander Heise freut sich über die Vorgehensweise des Magistrats. Er verweist auf die aus seiner Sicht zwingende Notwendigkeit der Erstellung eines Vorvertrags mit den Wetterauer Früchtchen.

Bürgermeisterin Dr. Tammer sieht dies auch so. Zumindest ein Vertragsentwurf als Arbeitsgrundlage müsse erarbeitet werden.

FWG Fraktionsvorsitzender Ronald Berg stellt fest, dass sich seine Fraktion auf den Plan einlassen wird. Das Hauptaugenmerk für die FWG bei den anstehenden Beratungen ist das Verkehrskonzept. Berg schlägt vor, den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan zu fassen und den Plan im Ausschuss BÖP zu belassen.

Beschlussvorschlag:

Die Mitglieder des BÖP und des Ortsbeirats Gambach empfehlen der Stadtverordnetenversammlung einen Aufstellungsbeschluss zu fassen und zur weiteren Bearbeitung im BÖP zu belassen.

TOP 5c):

Der Beschluss wird bei **18 Ja-Stimmen** und **2 Enthaltungen** angenommen.

TOP 6a):

16.57 Uhr: Stadtverordneter Stefan Kaiser verlässt die Sitzung wg. eines bestehenden Interessenkonfliktes.

Für den BÖP sowie für den Ortsbeirat Trais berichtet Dirk Eiser (Vorsitzender BÖP) über die gemeinsame Ausschusssitzung vom 14.06.21 im „Altstädter Feld“.

TOP 6b):

BGM'in Tammer verwies in der Sitzung auf die vorangegangenen Beratungen zu diesem Bebauungsplanentwurf. Die Zufahrt zur Landesstraße vom Baugebiet direkt wird von Hessen.Mobil abgelehnt. Hinsichtlich der Anlage der Straßen weist sie darauf hin, dass nach einer Abfrage im Baugebiet „Limesstraße“ keine Beschwerden hinsichtlich der Stichstraßen vorgetragen wurden. Es wurde bemängelt, dass nicht ausreichend Besucherparkplätze zur Verfügung stehen. Im vorliegenden Entwurf sei dies berücksichtigt worden.

Der Stadtverordnete Schwab trägt auch für den Ortsbeirat Trais vor, dass vorgeschlagen wird, die Straßenführung im Planentwurf zu verändern. Es soll eine Ringstraße mit Einbahnverkehr vorgesehen werden. Weiterhin schlägt er vor, die GRZ (Grundflächenzahl) von 0,35 auf 0,4 zu erhöhen.

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf soll im BÖP bleiben. Der Magistrat wird aufgefordert, veränderte Entwürfe vorzulegen.

TOP 6c):

Der Beschluss wird bei **18 Ja-Stimmen** und **1 Nein-Stimme** angenommen.

16.59 Uhr: Stadtverordneter Stefan Kaiser nimmt wieder an der Sitzung teil.

TOP 7a):

Die entsprechende Vorlage lag der Einladung bei und steht online.

TOP 7b):

Von Seiten der Verwaltung wird vorgeschlagen, dass im Interesse einer zügigen Fertigstellung zum Jubiläumsjahr 2022 eine Förderung über das Programm Hessenkasse erfolgt.

Für die FWG Fraktion stimmt Fraktionsvorsitzender Ronald Berg zu. Die vorgeschlagene Lösung sei dauerhaft pflegeleichter und langlebiger.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Münzenberg beschließt, dass am Ober-Hörgerner DGH eine Überdachung nach den Zielen der Dorferneuerung mit Förderung durch das Hessenkasse - Programm errichtet werden soll.

TOP 7c):

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen.

TOP 8a):

Die entsprechende Vorlage lag der Einladung bei und steht online.

TOP 8b)

CDU-Fraktionsvorsitzender Alexander Heise betont die Bedeutung einer barrierefrei zugänglichen Verwaltung. Er fordert in diesem Zusammenhang die Entwicklung eines nachhaltigen Gebäudemanagements, es dürfe nicht immer nur um akute Um- und Ausbaupläne gehen. Heise fragt nach Alternativen.

Bürgermeisterin Dr. Tammer verweist auf das IKEK-Programm und ausstehende Planungen für das Bürgerhaus Gambach. Sie stellt klar, dass die Herstellung von Barrierefreiheit kein Schaden für ein Gebäude sei, sondern vielmehr eine Wertsteigerung bedeute.

Zu erwartende massive Veränderungen in den nächsten 5 Jahren machten das von der CDU angemahnte langfristige Gebäudemanagement schwierig. Die Bürgermeisterin wies darauf hin, dass in Sachen Verwaltung ein sofortiger Handlungsbedarf besteht und daher ein Um-/Ausbau der Hauptstraße 22 alternativlos sei.

Für die SPD Fraktion begrüßt Fraktionsvorsitzender Peter Hüttl die vorgeschlagene Vorgehensweise des Magistrats. So könne man gemeinsam konstruktiv Lösungen erarbeiten.

FWG Fraktionsvorsitzender Ronald Berg stimmt dem zu und verweist darauf, dass es wichtig sei, vorhandene Raumressourcen optimal auszuschöpfen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Überweisung in den H+F und BÖP.

TOP 8c):

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen.

TOP 9a):

Die entsprechende Vorlage lag der Einladung bei und steht online.

TOP 9b)

Bürgermeisterin Dr. Tammer informiert, dass die Stadt Butzbach der Anfrage zur Aufnahme der Gemeinde Wölfersheim in den Ordnungsbehördenbezirk bereits zugestimmt hat.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Wölfersheim wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt in den Gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirk der Kommunen Butzbach, Münzenberg und Rockenberg aufgenommen. Die neu gefasste öffentlich-rechtliche Vereinbarung, in der u.a. die Kostenaufteilung nach Einwohnerzahl erfolgt, wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

TOP 9c):

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen.

TOP 10a):

Die entsprechende Vorlage lag der Einladung bei und steht online.

TOP 10b):

Bürgermeisterin Dr. Tammer betont ergänzend zu den vorliegenden Unterlagen, dass sämtliche Ausbaumöglichkeiten in den Kitas ausgeschöpft sind. Der Ausbau des OG im Taubenhaus müsse jetzt zeitnah angegangen werden um den Bedarf an Kitaplätzen auch künftig decken zu können.

SPD Fraktionsvorsitzender Peter Hüttl hält eine zeitnahe Reaktion für wichtig. Er schlägt vor, auch den Ausschuss für Jugend, Soziales und Kultur wegen seiner fachlichen Kompetenzen an den Beratungen zu beteiligen.

Beschlussvorschlag:

Der Vorgang wird an den H+F, BÖP und JSG überwiesen.

TOP 10c):

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen.

TOP 11a):

Die entsprechende Vorlage lag der Einladung bei und steht online.

TOP 11b):

Die Offenlage soll im Juli/August 2021 erfolgen. Damit ohne weiteren Zeitverzug in der StaVO-Sitzung im September ein Satzungsbeschluss gefasst werden kann, soll der Vorgang direkt in den Ausschuss für Bauen, Ökologie und Planung überwiesen werden.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordneten beschließen die Überweisung in den BÖP. Der Ortsbeirat Münzenberg ist zu beteiligen.

TOP 11c):

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen.

TOP 12a):

17.18 Uhr: Stadtverordnete Gabriele Sickel verlässt die Sitzung wg. eines bestehenden Interessenkonfliktes.

Die entsprechende Vorlage lag der Einladung bei und steht online.

TOP 12b):

Der Ortsbeirat Gambach hat zu diesem Verfahren bereits getagt und hat hierzu keine Anregungen gegeben.

Auf Nachfrage von Dirk Eiser (CDU), warum ein Baubeginn entgegen normaler Gepflogenheiten bereits vor Beschlussfassung erfolgen würde klärt Bürgermeisterin Dr. Tammer das Missverständnis auf: Es handele sich bei der Baustelle um ein anderes Bauvorhaben, für das eine ordnungsgemäße Baugenehmigung vorliegt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die im Rahmen der Offenlegung eingegangenen Anregungen und Bedenken entsprechend der vorgeschlagenen Abwägungsvorschläge in die Abrundungssatzung „Butzbacher Straße“ aufzunehmen. Der Entwurf der Abrundungssatzung wird entsprechend den Abwägungen der Stellungnahmen angepasst und als Satzung beschlossen.

TOP 12c):

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen.

17.20 Uhr: Stadtverordnete Gabriele Sickel nimmt wieder an der Sitzung teil.

TOP 13a):

Die entsprechende Vorlage lag der Einladung bei und steht online.

TOP 13b):

Der Ortsbeirat Gambach wurde über das Verfahren informiert und teilte mit, dass das Vorhaben zur Schaffung von 4 Bauplätzen unterstützt wird.

Bürgermeisterin Dr. Tammer bedauerte, dass sich nicht alle Grundstückseigentümer in diesem Bereich an der Entwicklung des Gebiets beteiligen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die im Rahmen der Offenlegung eingegangenen Anregungen und Bedenken entsprechend der vorgeschlagenen Abwägungsvorschläge in den Bebauungsplan aufzunehmen.
Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes „Nördlich der neuen Schule“ wird entsprechend der Abwägungen der Stellungnahmen angepasst und als Satzung beschlossen.

TOP 13c):

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen.

TOP 14a):

Für den H+F, BÖP und JSG sowie alle Ortsbeiräte der Stadt Münzenberg berichtet Ronald Berg (Vorsitzender H+F) über die Ausschusssitzung vom 17.06.2021 im Bürgerhaus Gambach.

TOP 14b):

CDU Fraktionsvorsitzender Alexander Heise bedankt sich für die gute Zusammenarbeit. Er fragt nach der Veröffentlichung bereits erfolgter redaktioneller Änderungen.

Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer informiert, dass die aktualisierte Fassung nach der Einarbeitung aller Korrekturen auf der Homepage veröffentlicht wird.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Münzenberg wurde im Juli 2019 vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz als gesamtkommunaler Förderschwerpunkt in das hessische Dorfentwicklungsprogramm aufgenommen. In der Konzeptphase wurde ein integriertes kommunales Entwicklungskonzept (IKEK) gemäß Leitfaden und Leistungsbeschreibung erarbeitet, welches im Weiteren das zentrale Steuerungselement für das kommunale Handeln als solches, und insbesondere für die Dorfentwicklung darstellt. Das IKEK inklusive der Fördergebietsabgrenzung für private Vorhaben wurde mit Datum vom 15.06.2021 von der WIBank abgenommen.

Hiermit werden das IKEK inklusive des Zeit-, Kosten- und Finanzierungsplans und der Fördergebietsabgrenzung für private Vorhaben als Fördergrundlage für das Dorfentwicklungsprogramm sowie als kommunales Handlungsziel vom Kommunalparlament der Stadt Münzenberg beschlossen. Das Abnahmedokument der WIBank vom 15.06.2021 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 14c):

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen.

TOP 15a):

Der entsprechende Antrag lag der Einladung bei und steht online.

TOP 15b):

SPD Fraktionsvorsitzender Peter Hüttl erläutert den Wunsch der SPD-Fraktion nach einer klaren Vorgehensweise, die es den Stadtverordneten ermöglicht, IKEK intensiv und kompetent zu begleiten.

Bürgermeisterin Dr. Tammer stimmt zu, denn dies sei selbstverständlich bei einem Projekt, das die Verantwortlichen in den nächsten Jahren begleiten werde. Zu den im Beschlussvorschlag genannten Punkten teilt sie für den Magistrat mit:

Zu 1.: Bericht kommt halbjährlich

Zu 2.: Ein gesondertes Verfahren ist nicht nötig, die Integration des Parlaments ist gesichert.

Zu 3.: Die Fraktionen können sich gerne beteiligen

Zu 4.: Die Erstellung der gewünschten Liste ist kein Problem. Dr. Tammer bittet um ein Muster

CDU Fraktionsvorsitzender Alexander Heise teilt mit, dass seine Fraktion dem SPD Antrag folgt um die Arbeit an IKEK zu fokussieren.

FWG Fraktionsvorsitzender Ronald Berg wertet den Antrag als unschädlich, aber überflüssig. Der Magistrat sei ohnehin in der Pflicht, das Parlament zu informieren. Etwaige Vorhaben müssen in den zuständigen Ausschüssen beraten werden.

SPD Fraktionsvorsitzender Peter Hüttl ergänzt seine Begründung. Er führte aus, dass nicht alle genannten Forderungen seiner Fraktion explizit im IKEK Konzept vorgesehen seien. Hüttl sagt Bürgermeisterin Dr. Tammer zeitnah ein Muster für die gewünschte Liste zu.

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat berichtet 1/2jährlich über die Entwicklungen oder Sachstände der Vorhaben im IKEK an die Stadtverordnetenversammlung. Insbesondere bei Vorhaben deren zeitliche Umsetzung bevorsteht oder begonnen hat. Die Ergebnisse aus dem Monitoring und der Evaluierung gemäß Kapitel 12.4. sind den Stadtverordneten jährlich und zeitnah zur Verfügung zu stellen.
2. Der Magistrat legt in der kommenden Stadtverordnetenversammlung einen Ablaufplan ein, der beschreibt, nach welchem Verfahren neue Vorhaben oder Änderungsvorschläge für das IKEK eingereicht werden können/müssen. Dabei ist klar zu beschreiben, welche formalen Kriterien erfüllt werden müssen und mit welchem zeitlichen Ablauf eine Aufnahme ins IKEK zu erwarten ist.
3. Der Magistrat wird aufgefordert, die Steuerungsgruppe um parlamentarische Vertreter aus jeder Fraktion zu erweitern. Bei der Bildung von Arbeits- und/oder Projektgruppen sind die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zu informieren und auf deren Wunsch zu berücksichtigen.

4. Der Magistrat stellt allen Stadtverordneten und Ortsbeiräten eine tabellarische Übersicht „IKEK-Stakeholder“ zur Verfügung. Neben der allgemeinen Auflistung von Steuerungsgruppen- und Arbeitsgruppenmitgliedern (gemäß Kapitel 12 im IKEK) zeigt diese Übersicht zu jedem Vorhaben alle AG- oder Projektgruppenmitglieder, die bereits benannt sind, bzw. in welcher Form und wann diese Benennung ggf. in Planung ist. Diese Übersicht ist fortlaufend zu aktualisieren und bei Änderungen, spätestens mit dem halbjährlichen Bericht (s. 1.) an die Stadtverordneten und Ortsbeiräte zu übermitteln.
5. Der Magistrat stellt den Fraktionsvorsitzenden die Liste der Online-Befragung zur Verfügung.

TOP 15c):

Der Beschluss wird bei **16 Ja-Stimmen** und **4 Enthaltungen** angenommen.

TOP 16a):

Der entsprechende Antrag lag der Einladung bei und steht online.

TOP 16b):

Für alle Fraktionen begründet FWG-Fraktionsvorsitzender Ronald Berg den gemeinsamen Antrag.

FWG-Abgeordnete Vera Reisinger wirbt nochmals für den Beschluss und betonte die Vorteile einer solchen Städtepartnerschaft. Vor allem für die Jugendlichen beider Städte sei dies eine große Chance. Sie stünde als Koordinatoren zur Verfügung.

CDU-Fraktionsvorsitzender Alexander Heise führt aus, dass nach einem ersten Anlauf im November 2020 jetzt der richtige Zeitpunkt zum Abschluss einer Städtepartnerschaft mit Carpineti sei. Parallel macht er sich dafür stark, die bereits bestehende Städtepartnerschaft mit Ronneburg (Thüringen) zu reaktivieren. Heise schlug vor, für jede Städtepartnerschaft auf Seiten der Stadt Münzenberg einen verantwortlichen Partnerschaftsordinator zu ernennen. Für Ronneburg schlägt er Alt-Bürgermeister Hans Jürgen Zeiß vor, unter dessen Ägide die Partnerschaft mit Ronneburg neu belebt wurde.

Bürgermeisterin Dr. Tammer begrüßt diesen Vorschlag ausdrücklich.

SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Hüttl betont ebenfalls, dass der Zeitpunkt zum Abschluss einer solchen Partnerschaft jetzt gut sei. Schließlich sei man als Stadtgemeinschaft unterwegs zu neuen Ufern und strebe ein engeres Zusammenwachsen an. Mit Kulturcafé Nebenan und dem Freundeskreis Burg und Stadt Münzenberg sei man auf einem guten Weg, um selbst gute Gastgeber zu sein. Hüttl erhofft sich, dass die Koordinatoren der jeweiligen Städtepartnerschaften durch ihre Kontakte ihren Teil zu gelungenen Partnerschaften und sich entwickelnden Freundschaften beitragen können.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Münzenberg geht mit der Stadt Carpineti (Emilia Romagna, Italien) eine Städtepartnerschaft ein. Der Entwurf des bereits vorliegenden Städtepartnerschaftsvertrages wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Magistrat wird ermächtigt, auf der Grundlage des Vertragsentwurfs den Städtepartnerschaftsvertrag mit der Stadt Carpineti abzuschließen.

TOP 16c):

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen.

TOP 17a):

Der entsprechende Antrag lag der Einladung bei und steht online.

TOP 17b):

Fraktionsvorsitzender Alexander Heise betonte die Bedeutung der WLAN-Versorgung im Bürgerhaus als Grundlage moderner Sitzungs- und Vereinsarbeit. Das Münzenberger Stadtparlament als digitales Parlament sei eine WLAN-Versorgung in Sitzungsräumen unverzichtbar. Das Vorhaben soll so kostengünstig wie möglich und zeitnah umgesetzt werden.

Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer rechnet mit Unkosten in Höhe von ca. 50 € monatlich für die WLAN-Versorgung des Bürgerhauses. Angesichts von normalerweise 2 Sitzungen der StaVo im Jahr stelle sich die Frage nach der finanziellen Verhältnismäßigkeit.

Für die SPD-Fraktion stellt ihr Vorsitzender Peter Hüttl klar, dass der Antrag der CDU unterstützt wird. Er fordert den Magistrat auf, sich generell um mehr öffentliches WLAN in Münzenberg zu kümmern.

Dr. Tammer erwidert, dass es bereits zentrale Orte mit öffentlichem WLAN in allen Stadtgebieten gebe. Sie sieht die Stadt hier gut aufgestellt und kann sich bestenfalls noch an einzelnen Standorten, wie z.B. dem Burggelände zusätzliche öffentliche WLAN-Angebote vorstellen. Wobei allerdings auf dem Burggelände nicht die Stadt gefordert sei, sondern die Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Hessen, Bad Homburg.

FWG-Fraktionsvorsitzender Ronald Berg fordert mit Nachdruck die Einrichtung von WLAN in allen öffentlichen Gebäuden, in denen Sitzungen und Tagungen stattfinden. Eine entsprechende technische Aufrüstung soll in der Stadt Münzenberg erfolgen.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat der Stadt Münzenberg wird beauftragt, eine öffentliche WLAN-Versorgung im Bürgerhaus Gambach zeitnah zu schaffen.

TOP 17c):

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen.

TOP 18a):

Der Dringlichkeitsantrag steht zur Verfügung.

Zur besseren Vernetzung von Kindergarten, Schule und städt. Jugendpflege sollen auf Basis der Arbeit des runden Tisches zwei zusätzliche Teilzeitstellen eingerichtet werden. Eine Stelle dient dem Ausbau des Angebots des Kinder- und Jugendbüros, die zweite zur Koordination und Förderung der weiteren Vernetzung zwischen Schule, städtischen Kindertagesstätten und Jugendarbeit.

TOP 18b):

Für alle Fraktionen ergänzt SPD Fraktionsvorsitzender Peter Hüttl, dass bei diesem wichtigen Thema nicht noch mehr Zeit ungenutzt verstreichen soll.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung überweist den Antrag zur Beratung in den JSG unter Beteiligung des Runden Tisches mit dem Ziel einen Beschlussvorschlag für die Stadtverordnetenversammlung am 08.09.21 zu erarbeiten.

TOP 18c):

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen.

TOP 19a):

Anfrage der CDU-Fraktion zur Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2021
„Erhebungsbögen für Grundstücksbesitzer für Straßenbeiträge“

1. Wer betreut in der Stadtverwaltung den Erhebungsprozess der Daten?
Der verwaltungsinterne Beauftragte. Dieser koordiniert auch den externen Dienstleister
2. Auf welcher Datenbasis wurden die Erhebungsbögen erstellt?
Amtliche Liegenschaftsdaten der Landesvermessung und aktuelle Adressdaten der Grundsteuer
3. Auf welcher Datengrundlage wurden Besitzer nicht bebauter Grundstücke im Außenbereich/Ortsrundlage (Baumstücker und Gartengrundstücke) angeschrieben?
s. 2., ebenfalls amtliche Liegenschaftsdaten der Landesvermessung und aktuelle Adressdaten der Grundsteuer

4. Wie wurden die Abrechnungsbereichsgrenzen zu diesen vorgenannten Grundstücken festgelegt?
**Gemäß Definition der Anlage 1 der Satzung über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge, d.h. ein Abrechnungsgebiet habe ich dann, wenn die Verkehrsanlagen in einem räumlichen Zusammenhang stehen. Dies ist der Fall bei im Zusammenhang bebauten Ortsteilen oder innerhalb selbstständiger städtebaulicher Einheiten.
Die Karten mit den eingezeichneten Abrechnungsgebietsgrenzen waren Teil des Beschlusses am 26.6.2020. Die Grundstücke in den Randbereichen werden zusätzlich aber noch einer Einzelprüfung unterzogen.**
5. Auf welcher Grundlage werden Grundstücke, welche sich nicht an einer ausgebauten öffentlichen Straße befinden, in die Abrechnungsbezirke einbezogen?
Grundsätzlich sind nur Grundstücke, die an einer gewidmeten und endausgebauten Verkehrsanlage liegen, beitragspflichtig; Ausnahme: Zufahrten, Hinterlieger und Notwegerechte im Sinne der gültigen Beitragsrechtssprechung; diese sind im Einzelfall ist zu prüfen.
6. Falls ein Grundstücksbesitzer den Erhebungsbogen nicht zurücksendet, wie wird mit dieser Situation umgegangen?
Gemäß erstem Absatz auf Seite zwei des Fragebogens, wird die übersandte Vorgabe übernommen.
7. Wie wird die Finanzierung bzw. Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen zu bebauten Grundstücken außerhalb der Abrechnungsbezirke erfolgen?
Es werden nur Aufwendungen für grundlegende Erneuerungen oder Verbesserungen von kommunalen Verkehrsanlagen innerhalb des definierten Abrechnungsgebietes berücksichtigt Maßnahmen im Außenbereich fallen nicht darunter.

TOP 20a):

Anfrage der CDU-Fraktion zur Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2021
„Digitale Besprechungsräume“

Die Fragen der CDU-Fraktion:

1. Wie sieht das Umsetzungskonzept des Magistrates aus?
Nachdem nun die Wahlen und die Bearbeitung des IKEK abgeschlossen sind, war jetzt geplant, einen Arbeitskreis zu bilden, für den jede Fraktion einen technisch versierten Teilnehmer benennen soll, und in diesem Kreis alles Weitere zu planen.
2. Welche Räumlichkeiten in der Stadt Münzenberg sollen gemäß der Beschlusslage als digitale Besprechungsräume ausgestattet werden?
Bereits digital nutzbar sind:
 - DGH Ober-Hörgern nebst Schulungsraum der Feuerwehr (voll eingerichtet)
 - Kulturhaus Trais
 - Schulungsraum FW Münzenberg**Die Ausstattung muss stellenweise noch durch Leinwand/Bildschirm ergänzt werden, Beamer wird von der Verwaltung zur Verfügung gestellt. Ein Bildschirm sollte nur in den Liegenschaften eingebaut werden, die in der Regel nur einem definierten Personenkreis zur Verfügung stehen.**
3. Mit welcher Technik sollen die Räume ausgestattet werden?
Nach Vorstellung der Verwaltung mit W-LAN und Leinwand/Bildschirm.
4. Wurden Firmen mit der Umsetzung des Beschlusses beauftragt?
Nein, da die Umsetzung – sofern der Arbeitskreis nichts anderes bestimmt - in Eigenleistung erfolgen kann.

5. Wann ist mit einer Umsetzung zu rechnen?

Im letzten Quartal 2021 – sofern der Arbeitskreis nichts Komplizierteres wünscht.

Gefertigt am 28.06.2021

Heike Mühlenbruch
Schriftführerin

Manfred Tschertner
Vorsitzendes Mitglied der
Stadtverordnetenversammlung

Anlage

Anlage 1

Mitteilungen des Magistrats zur StaVo:

Vorwort mit der Bitte um Verständnis von BGMin Tammer:

„Wir alle haben in den Nachrichten hören können, dass der Bundestag in einer 22stündigen Mammutsitzung eine Vielzahl an Gesetzen verabschiedet hat.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Ihnen allen dafür entschuldigen, dass wir ihnen, die sie zum Teil ja noch absolute Neulinge sind, gleich zu Beginn ihrer Legislaturperiode ebenfalls eine Vielzahl an Vorlagen zugemutet haben. Aus meiner aktiven Zeit als Parlamentarierin kann ich mich nicht daran erinnern, jemals eine solche Masse an Information auf einen Schlag bekommen zu haben. Das lag zum einen daran, dass wir über den Winter coronabedingt nur die wichtigsten Themen behandeln durften und gleich danach kam die Kommunalwahl, die uns auch in der Gremienarbeit ausgebremst hat.

Wir haben so also immer mehr Themen vor uns hergeschoben, die halt irgendwann dann doch auch abgearbeitet werden müssen.“

Feuerwehreinsätze

BGM'in Dr. Tammer informiert über die Einsätze im Altstädter Feld, bei Suzy´s Imbiss und im Baugebiet Im Kleinen Steinfeld (Entsorgung Asche in Mülleimer).

Die Jahreshauptversammlung der Feuerwehr fand wie im letzten Jahr mit eingeschränktem Personenkreis statt, da die Inzidenzzahlen zum Zeitpunkt der Entscheidung viermal so hoch wie letztes Jahr im September waren.

Der Vertreter des Kreisbrandinspektors, Matthias Nickel lobte ausdrücklich den Einsatz des KatS-Zuges der Stadt bei dem Hochwassereinsatz in Büdingen. Der Münzenberger Zug war der einsatzstärkste Zug und zeichnete sich durch ein hohes Maß an Kompetenz aus.

Nachbarschaftshilfe

In der Zeit vom 15.02. bis 12.06.2021 wurden insgesamt 35 Fahrten zum Impfzentrum in Büdingen organisiert. Davon war der Bürgerbus 23mal, der DRK-Bus 8mal und die Feuerwehr 4mal im Einsatz.

Nachdem nun Menschen aus der 2. Gruppe mit "Erhöhter Priorität" (Altersgruppe 70 Jahre und älter) überwiegend geimpft worden sind und nicht nur die Ärzte in den Impfzentren, sondern auch die Hausärzte impfen, ist die Nachfrage für Fahrten zum Impfzentrum nach Büdingen auf null zurück gegangen.

An dieser Stelle dankt BGMin Tammer ausdrücklich allen, die sich an dieser Aktion (DRK, Feuerwehr und „Bürger helfen Bürgern“) beteiligt haben. Dank dieses ehrenamtlichen Engagements war die Durchführung der Impffahrten eine sehr gelungene Aktion und Bürger haben vielen unserer älteren Bürger weitergeholfen und sie unterstützt.

Für die Organisation der Einsätze und die Gesamtkoordination dankt sie ganz herzlich Peter Dieckmann sowie natürlich allen Mitgliedern der Nachbarschaftshilfe.

In diesem Zusammenhang teilt sie mit, dass der Magistrat der Verlängerung des Vertrages des Freiwilligendienstlers Peter Dieckmann bis zum 31.12.2021 zugestimmt hat.

60. Geburtstag

Am 24. Mai gratulierte BGM'in Dr. Tammer **Stadtrat Vetter zum 60. Geburtstag.**

Ehrenstadtrat Klaus Ohly ist am 4. Juni 2021 verstorben

Klaus Ohly war von 1997 bis 2016 Mitglied der STAVO Versammlung und von 2016 bis zum Ende der Legislaturperiode in diesem Jahr Mitglied im Magistrat. Er war kein Mensch, der große Reden geschwungen hätte und hat nur dann etwas gesagt, wenn er auch wirklich etwas zu sagen hatte. Das hatte dann aber auch Hand und Fuß und zeugte von Überlegtheit und Wissen.

Öffnung Bürgerhaus-Gaststätte „Bürgerwohl“

Seit dem 1. Juni 2021 ist der Gaststättenbetrieb der Familie Malleh im Bürgerhaus wieder in Betrieb. Die Kegelclubs belegen nun auch wieder nach und nach die Kegelbahnen.

Kunstrasenplatz

Die Abwicklung des Baus des Kunstrasenplatzes muss nun schon in Angriff genommen werden, da der Antrag bewilligt wurde und an erster Stelle auf der Förderliste steht. Die Fördermittel vom Landessportbund sind bis Dez. 2022 geblockt, so dass entsprechend ein Bau bereits im Jahr 2022 erfolgen muss.

Treffen Kulturcafé Nebenan mit Wirtschaftsförderung des Wetteraukreises am 15.06.2021

Das Projekt des Vereins Kulturcafé Nebenan wird von Seiten der Wirtschaftsförderung als absolut unterstützenswert und förderfähig beurteilt. Das soziale Engagement sei absolut wichtig für das Miteinander in der Kommune und wird ausdrücklich begrüßt.

Fällung Nußbaum

Siehe auch Presse-Berichterstattung vom 17.6.21: Das beauftragte Gutachten hatte ergeben, dass der Baum massiv von einem Pilz befallen ist und dass Gefahr im Verzug ist. Die Untere Naturschutzbehörde hat umgehend ihr Einverständnis zur Fällung erteilt.

Der Wurzelstock des gefällten Nussbaums musste komplett entfernt werden, um dem Nachfolger optimale Voraussetzungen zu bieten. Leider kann kein Nussbaum an diese Stelle gepflanzt werden, da das hauchzarte, weitverzweigte Pilzmyzel im Boden nicht komplett entfernt werden kann. Bei der Pflanzung eines neuen Nussbaums wäre die Gefahr zu groß, dass der Pilz auch diesen Baum befällt.

Da die Standfestigkeit der Steinruhe durch die Entfernung des Wurzelstockes in Gefahr war, musste auch diese entfernt und eingelagert werden.

RunderTisch „Verzahnung Kinder- und Jugendbüro/Johanniterschule/ Kitas“

Sabine Vetter ist weiter für die SPD als Mitglied des Runden Tisches tätig. Die SPD-Fraktion hat sie ordnungsgemäß benannt.

Antrag der CDU-Fraktion-aus der STAVO Sitzung vom 02.05. - Zusammenstellung der offenen Themen in den Ausschüssen.

Die Informationen wurden gestern per Email an die Gremien weitergeleitet.

Termine

Der OB Münzenberg plant eine Sitzung am Donnerstag, 8. Juli 2021. (Anm.: Die Planung musste abgeändert werden und die Ortsbeiratssitzung Münzenberg findet am Montag, 12. Juli 2021 statt)